

Die Armut bekämpfen, nicht die Sozialhilfe

von J. Büchi/ D. Pomper - Die SVP will das Sozialhilfesystem radikal neu organisieren. Auch die anderen Parteien wollen sich des Themas annehmen. Doch können sie überzeugen?



SP-Nationalrätin Bea Heim: «Wir müssen nicht die Armen bekämpfen, sondern die Ursachen

Der Kanton Freiburg bezahlt Sozialhilfebezügern für mehrere hundert Franken einen Stilcoach, damit sie einfacher einen Job finden. Die Anzahl der Sozialhilfeempfänger hat zugenommen. 2013 nahm die Gesamtzahl der Sozialhilfefälle gegenüber dem Vorjahr um knapp 2,5 Prozent zu. Die durchschnittliche Bezugsdauer von Sozialhilfe lag 2006 noch bei 32 Monaten. Heute beträgt sie gut 38 Monate.

Der Bieler Stadtrat Alain Pichard (GLP) kritisiert das «System der Sozialindustrie». Die Arbeit im Bereich der Sozialhilfe habe sich um lukrativen Geschäftsmodell entwickelt, sagte er gegenüber dem «Tages-Anzeiger». Mehrere Gemeinden sind in den letzten Jahren aus Protest aus der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (Skos) ausgetreten, weil sich der Präsident zu einseitig für Sozialhilfebezüger eingesetzt haben soll.

Nun handelt die SVP. Sie fordert radikale Neuerungen im Sozialwesen. So sollen die Gemeinden künftig frei und nicht mehr an die Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe Skos gebunden sein, schreibt der «Tages-Anzeiger». Der heutige Skos-Grundbedarf soll von knapp 1000 Franken auf 600 Franken pro Person gesenkt werden.

Sozialhilfebezüger sollen nicht mehr Autofahren dürfen, Auslandsreisen sollen beschränkt werden.

Richtige Anreize setzen

Auch andere Parteien sehen Handlungsbedarf. «Um die Sozialhilfekosten zu senken, müssen richtige Anreize gesetzt werden. Arbeit muss sich immer lohnen», sagt FDP-Nationalrat Daniel Stolz. Um die Sozialhilfe-Industrie einzudämmen, müssten sie die Gemeinde und Kantone überprüfen. Auch sei es sinnvoll, wenn sich Gemeinden zu Verbänden zusammenschliessen, damit die finanzielle Last verteilt werde.

SP-Nationalrätin Bea Heim warnt: «Wir müssen die Armut bekämpfen statt Armutsbetroffene in die Randständigkeit abdrängen. Konkret heisst dies, die Ursachen angehen: Je mehr sich die Chancen auf eine Erwerbsarbeit verbessern lassen, umso eher können sich die Menschen aus der Armut befreien und umso geringer ist der Aufwand für die Sozialhilfe», sagt Heim. So könne die Anzahl der Sozialhilfebezüger und die Bezugsdauer gesenkt werden. Heim plädiert für ein entsprechendes Rahmengesetz zur Sozialhilfe auf Bundesebene.

«SVP nicht das Feld überlassen»

«Die SVP nimmt mit dem Thema Sozialhilfe wieder einmal einen Missmut in der Bevölkerung auf. Sie merkt gut, wo der Schuh drückt», sagt Politologin Louis Perron. Während die SVP das Thema medial besetzt, versuchten die anderen Parteien vor allem das Problem zu lösen. Das sei strategisch gefährlich, denn: «Wenn der Bürger die Wahl hat zwischen einer Partei, die ein Problem sehr gut beschreibt, und einer Partei, die das Problem nicht klar und deutlich beim Namen nennt, wählt er lieber die erste.»

Wenn die anderen Parteien der SVP nicht das Feld alleine überlassen wollten, müssten sie mit konkreten – durchaus auch moderateren – Lösungen auftrumpfen: «Die Parteien müssen öffentlich kommunizieren, dass es im Schweizer Sozialhilfewesen Probleme gibt und sie die Missstände bekämpfen wollen.»

Eine offensive Strategie sei viel effizienter als eine defensive. «Ab dem Moment, in dem Politiker in den Erklärungsmodus fallen, haben sie kommunikativ praktisch verloren.»

Schmerzlich erfahren haben das die anderen Parteien, als die Zuwanderungsinitiative der SVP angenommen wurde. Perron glaubt allerdings nicht, dass die SVP mit ihrer neusten Offensive einen ähnlichen Erfolg einfahren wird. «Die Politik des Fingerzeigens scheint etwas vorbei.»